



SCHULE IM SAARLAND

Vorläufiger Lehrplan für die Klassenstufe 9
— Realschule —

Wirtschafts-/Sozialkunde (Wahlpflichtunterricht)

Georg-Eckert-Institut BS78



1 173 162 1



SCHULE IM SAARLAND

Vorläufiger Lehrplan für die Klassenstufe 9
— Realschule —

Wirtschafts-/Sozialkunde (Wahlpflichtunterricht)

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

861 31 89

Herausgeber: SAARLAND
Der Minister für Kultus, Bildung und Sport
Saarbrücken 1981

Herstellung: Krüger Druck + Verlag
6638 Dillingen, Marktstraße 1

Z-V SL
S-18(1981)
9

Vorbemerkungen

Durch die Einführung des Wahlpflichtfaches "Wirtschafts-/Sozialkunde" in den Klassenstufen 9 und 10 der Realschule soll das Wissen der Schüler im sozio-ökonomischen Lernbereich erweitert werden. Es sollen bei den Schülern Voraussetzungen geschaffen werden für eine Bewältigung der Anforderungen, die durch die wirtschaftlichen Aktivitäten im privaten, öffentlichen und beruflichen Lebensbereich entstehen.

Das Unterrichtsfach "Wirtschafts-/Sozialkunde" soll dazu beitragen, daß die Schüler

- wirtschaftliche Zusammenhänge beurteilen können,
- in ihrer Rolle als Erwerbstätige, Konsumenten und Wirtschaftsbürger lernen sollen, bei wirtschaftlichen Problemen richtig zu entscheiden und zu handeln,
- Eigeninteresse gegenüber Interessen der Gesellschaft abwägen können,
- eventuell betreffend der Berufswahl ihre Fähigkeiten und Interessen für den Bereich Wirtschaft erkennen können.

Hinweise für den Fachlehrer

- In Klasse 9 werden im Fach "Wirtschafts-/Sozialkunde" fast ausschließlich wirtschaftskundliche Themen behandelt. Es werden u.a. wichtige wirtschaftswissenschaftliche Begriffe definiert und die einzelnen Wirtschaftssubjekte in Funktionen und Zielen dargestellt.
In Klasse 10 werden stärker die sozialkundlichen Aspekte des Faches wie Mitbestimmung, Wirtschaftspolitik usw. behandelt.
- Die Begriffsdefinitionen, die auf der Inhaltsseite des Lehrplanes angeführt sind, sind wirtschaftswissenschaftliche Definitionen für die Hand des Lehrers. Deshalb wird es notwendig sein, gewisse Abstraktionen auf das entsprechende Schülerniveau zu bringen.

- Bis zur Unterrichtseinheit 7 bleiben bei allen dargelegten wirtschaftlichen Zusammenhängen die Einflußmöglichkeiten des Staates als Wirtschaftssubjekt bewußt unberücksichtigt.
 - Bei einigen Themen des Lehrplanes empfiehlt es sich, durch Besichtigungen von verschiedenen Unternehmen (Betriebe, Banken usw.) und Besuchen von Messen (z. B. Saarmesse) die Lerninhalte und Lernziele zu vertiefen, wofür bei der Lehrplangestaltung genügend Zeit berücksichtigt wurde.
- Ebenfalls empfehlenswert ist der Einsatz des Wirtschaftsteils von Tageszeitungen.

Themenkreise

1. Einführung in das Fach Wirtschafts-/Sozialkunde

(3 Stunden)

2. Bedeutung des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Zusammenleben

Der Schüler soll die wichtigsten wirtschaftlichen Grundbegriffe kennenlernen und Einsicht gewinnen in die Notwendigkeit des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Zusammenleben.

(~ 12 Stunden)

3. Der Wirtschaftskreislauf (vereinfacht)

Der Schüler soll die Beziehungen zwischen privaten Haushalten und Unternehmen als Wirtschaftskreislauf kennenlernen.

(~ 4 Stunden)

4. Theorie der Marktpreisbildung

Der Schüler soll wissen, wie Preise zustande kommen und die Bedeutung der Begriffe Konkurrenz und Wettbewerb kennenlernen.

(~ 8 Stunden)

5. Private Haushalte

Der Schüler soll Einsicht gewinnen in die beiden wirtschaftlichen Hauptaktivitäten der privaten Haushalte: Einkommenserwerb und Einkommensverwendung.

(~ 12 Stunden)

6. Unternehmen

Der Schüler soll das Unternehmen als Wirtschaftssubjekt kennenlernen.

(~ 8 Stunden)

7. Öffentliche Haushalte

Der Schüler soll den Staat als drittes Wirtschaftssubjekt in seiner ökonomischen Funktion kennenlernen.

(~ 12 Stunden)

8. Das System der sozialen Marktwirtschaft und das der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft

Der Schüler soll Entstehung, Ziele und Merkmale der sozialen Marktwirtschaft und der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft kennenlernen.

(~ 15 Stunden)

1. Einführung in das Fach Wirtschafts-/Sozialkunde

1.1 Der Schüler soll das Fach Wirtschafts-/Sozialkunde als Teilbereich der Sozialwissenschaften kennenlernen.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
1.1.1	Der Schüler soll die Wissenschaftsgegenstände der einzelnen Sozialwissenschaften kennenlernen und gegeneinander abgrenzen können.	Wissenschaftsgegenstände von: Soziologie Politologie Geschichtswissenschaft Psychologie Rechtswissenschaft Wirtschaftswissenschaft	
1.1.2	Der Schüler soll einen ersten inhaltlichen Überblick über das Fach Wirtschafts-/Sozialkunde erhalten.	Themenübersicht des Lehrplans	

2. Bedeutung des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Zusammenleben

- 2.1 Der Schüler soll die wichtigsten wirtschaftlichen Grundbegriffe kennenlernen und Einsicht gewinnen in die Notwendigkeit des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
2.1.1 Der Schüler soll den Begriff "Wirtschaften" definieren können.	<u>Zusammenhang zwischen:</u> Bedürfnissen Bedürfnisbefriedigung (Konsum) Knappheit an Gütern Produktion	
2.1.2 Der Schüler soll die wirtschaftlichen Grundbegriffe Bedürfnisse, Güter, Produktion, Arbeit und Geld erklären können.	<u>Bedürfnisse:</u> materielle (wirtschaftliche) Bedürfnisse (Nahrungsmittel, Kleidung, ...) ideelle (nicht wirtschaftliche) Bedürfnisse (Freizeit, Zufriedenheit, ...) <u>Abhängigkeit der Bedürfnisse von</u> Einflußfaktoren wie physische Umwelt (Eskimo braucht keinen Kühlschrank) soziale Umwelt, (Statussymbole) technische Neuerungen (Elektronik), ...	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
	<u>Güter:</u> knappe (für die Wirtschafts- wissenschaft allein von Be- deutung) und freie (für jedermann jederzeit in unbe- schränkten Mengen und umsonst verfügbare) Güter <u>Einteilungen in:</u> Sachgüter - Dienstleistungen Gebrauchsgüter - Verbrauchs- güter Konsumgüter - Produktionsgüter <u>Produktion:</u> was (Sachgüter, Dienstlei- stungen) wo (Fabrik, Werkstatt, Acker, ...) wie (Handarbeit, Maschinen- arbeit, ...) in welcher Menge (Orientie- rung an der Nachfrage) für wen (Orientierung an der Zielgruppe)	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
	<u>Historische Entwicklung:</u> 1. Mensch und Werkzeug 2. Mensch und Maschine 3. Maschine statt Mensch <u>Arbeit:</u> körperliche und/oder geistige Tätigkeit zur Beschaffung, Herstellung, Bereitstellung von Sachgütern und Dienstleistungen <u>Zweck der Arbeit:</u> a) direkte Güterversorgung (Selbstverbrauch, z. B. Agrargüter) b) indirekte Güterversorgung (Erwerb von Geld) <u>Historische Entwicklung</u> Selbstversorgung Arbeitsteilung Arbeitszerlegung <u>Geld:</u> <u>Welche Funktion hat das Geld?</u> (Tausch- und Zahlungsmittel, Wertmesser)	Von der Sicht des Schülers ausgehend

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
2.1.3 Der Schüler soll das ökonomische Prinzip erklären können.	<u>Wie kommt man zu Geld?</u> (Arbeit, Taschengeld, Zinsen,...)	Quelle: Informationsmaterial der Geldinstitute
	<u>Historische Entwicklung des Geldes</u>	Quellen: "
	<u>Ökonomisches Prinzip:</u> <u>Maximalprinzip:</u> Die gegebenen Mittel (Geld, Einsatz von Maschinen,...) so einsetzen, daß ein möglichst hoher Erfolg (Nutzen, Ertrag) eintritt.	z.B. durch Überstunden statt Neueinstellungen
	<u>Minimalprinzip:</u> Ein vorgegebenes Ziel (Bereitstellung bzw. Erwerb von Gütern und Dienstleistungen) mit möglichst geringem Mitteleinsatz erreichen.	z.B. durch Rationalisierung

3. Der Wirtschaftskreislauf (vereinfacht)

3.1 Der Schüler soll den Wirtschaftskreislauf zwischen den Wirtschaftssubjekten privaten Haushalten und Unternehmen als Geld- und Güterstrom darstellen und erläutern können.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
3.1.1	Der Schüler soll den Begriff "Wirtschaftssubjekt" definieren können.	<u>Wirtschaftssubjekt</u> Träger wirtschaftlicher Entscheidungen (private Haushalte, Unternehmen, Staat)	
3.1.2	Der Schüler soll die Beziehungen zwischen privaten Haushalten und Unternehmen als Geldstrom (monetärer Kreislauf) und Güterstrom (realer Kreislauf) darstellen können.	<u>Güterstrom</u> von Haushalten zu Unternehmen: Arbeitskraft von Unternehmen zu Haushalten: Güter und Dienstleistungen <u>Geldstrom</u> von Haushalten zu Unternehmen: Konsumausgaben von Unternehmen zu Haushalten: Lohn und Gehalt	Beschränkung auf Wirtschaftssubjekte, private Haushalte und Unternehmen Quelle: Foliensatz "Die Rolle des Geldes" Sparkassen-Schul-Service

4. Theorie der Marktpreisbildung

4.1 Dem Schüler soll bewußt werden, daß die Marktpreisbildung das tragende Element unserer Wirtschaftsordnung ist, indem er den Markt als Steuerungsinstrument kennenlernt, das die ökonomischen Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte untereinander regeln soll.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
4.1.1 Der Schüler soll den Begriff des konkreten Marktes von dem Begriff "Markt" innerhalb der Wirtschaftswissenschaft unterscheiden können.	<u>Märkte:</u> konkrete Märkte: Wochenmarkt, Supermarkt,... abstrakte Märkte: Geldmarkt, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt,...	
4.1.2 Der Schüler soll darstellen können, wie der Mechanismus von Angebot und Nachfrage die Preise reguliert.	Graphische Darstellungen von Angebots- und Nachfragekurven Marktgleichgewicht Angebotsüberschuß Nachfrageüberschuß	
4.1.3 Der Schüler soll darlegen können, daß Anbieter und Nachfrager auf eine Preisänderung elastisch reagieren.	Reaktion der Nachfrager und Anbieter auf Preissenkungen bzw. Preiserhöhungen	Graphische Darstellungen

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
4.1.4	Der Schüler soll die Begriffe "Substitutionsgüter" und "Komplementärgüter" in ihrer Auswirkung auf die Preiselastizität erklären und an Beispielen darlegen können.	<u>Substitutionsgüter:</u> Ein Gut kann durch ein anderes ersetzt werden. (z.B. Schallplatte - Musik-kassette) <u>Komplementärgüter:</u> Ein Gut bedingt das andere. (z.B. Schallplatte - Plattenspieler)	
4.1.5	Der Schüler soll aufzeigen können, daß das Nachfrage- und Angebotsverhalten vom Grad der Marktinformation beeinflusst wird.	<u>Beim Nachfrager:</u> Preisvergleich, Qualitätsvergleich, usw. <u>Beim Anbieter:</u> Suche nach Marktlücken, Berücksichtigung einer Marktsättigung, Preisvergleich mit der Konkurrenz, usw.	
4.2	Der Schüler soll erkennen, daß Konkurrenz und Wettbewerb unabdingbare Voraussetzungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft sind.		

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
4.2.1	Der Schüler soll erkennen, daß die Marktwirtschaft eine Preisbildung verlangt, die das Ergebnis des Wettbewerbs zwischen konkurrierenden Anbietern ist.	Vergleich von Werbeanzeigen verschiedener Kaufhäuser, Verbrauchermärkten usw. in Tageszeitungen für gleiche Produkte
4.2.2	Der Schüler soll die Auswirkungen räumlicher, persönlicher und sachlicher Präferenzen auf den Wettbewerb und somit auf die Preisbildung erklären können.	

Preisbildung bei:

- Alleinanbietern
- mehreren Anbietern

räumlich:

Bevorzugung eines Kaufhauses aufgrund seiner Lage
(Laden an der Ecke - entfernter Supermarkt)

persönlich:

aus persönlichen Gründen
(Sympathie, Antipathie,...)

sachlich:

Präferenzen, die sich auf das Produkt selbst beziehen
(Aufmachung, Qualität, Image,...)

5. Private Haushalte

5.1 Der Schüler soll eine Übersicht gewinnen über den Einkommenserwerb der privaten Haushalte.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.1.1 Der Schüler soll unterscheiden können, daß die privaten Haushalte Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit bzw. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Besitzeinkommen) haben können.	a) Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit = Lohn (Gehalt) b) Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen = Gewinn Gewinn = b_1) Einkommen aller Selbständigen (Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer, Bauern, ...) b_2) Einkommen aus Verpachtung von Grundstücken und Vermietung von Häusern b_3) Zinserträge aus Sparguthaben, Dividenden aus Aktienbesitz,...	Der Begriff Gewinn ist hier nicht zu verwechseln mit dem Begriff Gewinn als Kostenfaktor der Unternehmen.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.1.2 Der Schüler soll zwischen Erwerbs- und Nichterwerbseinkommen unterscheiden können.	<u>Erwerbseinkommen</u> a) aus nichtselbständiger Arbeit b) aus Unternehmertätigkeit <u>Nichterwerbseinkommen</u> a) Vermögenseinkommen b) Übertragungseinkommen (Transferzahlungen) wie Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, ...	Studienbrief 4, Seite 12 Wirtschaftsakademie für Lehrer. Grundlage ist der Produktionsfaktor Arbeit Grundlage sind die Produktionsfaktoren Boden und Kapital Grundlage sind die Bestimmungen der Sozialgesetzgebung
5.1.3 Dem Schüler soll anhand von statistischem Material die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Einkommensarten in der Bundesrepublik bewußt werden.	Vergleich der Einkommenshöhe zwischen den einzelnen Einkommensarten in der Bundesrepublik	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.1.4 Der Schüler soll sagen können, daß man von dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erst dann sprechen kann, wenn die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Abgaben abgezogen sind.	Bruttolohn - Nettolohn Abgaben: Lohn- und Einkommensteuer, Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung)	
5.1.5 Der Schüler soll wichtige statistische Begriffe im Zusammenhang mit den privaten Haushalten kennenlernen.	<u>Unterscheidung nach:</u> a) <u>Wohnbevölkerung</u> <pre> graph TD A[Wohnbevölkerung] --> B[Erwerbspersonen] A --> C[Nichterwerbspersonen (Kinder, Rentner, Berufsunfähige)] B --> D[Erwerbstätige] B --> E[Erwerbslose] </pre> b) <u>Stellung im Beruf:</u> Angestellte Arbeiter Beamte Selbständige	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.1.6 Der Schüler soll anhand von statistischem Material erkennen, daß in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschiedliche Durchschnittslöhne und -gehälter gezahlt bzw. unterschiedlich hohe Gewinne der Selbständigen erzielt werden.	Hinweis auf den Entscheidungsfaktor Einkommen bei der Berufswahl	Studienbrief 4 Seite 25/26

1
8
1

5.2 Der Schüler soll den Konsum und die Vermögensbildung als die beiden möglichen Arten der Einkommensverwendung nennen können.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.2.1	Der Schüler soll die Einkommenshöhe als wichtigsten Grund für die Höhe und die Art der Konsumausgaben nennen können.		Studienbrief 4, Seite 42 Hinweis zu 5.2.2 - 5.2.4: am Taschengeld des Schülers gut aufzuzeigen
5.2.2	Der Schüler soll die Preisabhängigkeit des Konsums (= Kaufwilligkeit) darlegen können.		Wiederholung des Themenkreises 4 (Marktpreisbildung)
5.2.3	Der Schüler soll die Konjunkturabhängigkeit des Konsums darlegen können.	Erwartungen zur gesamtwirtschaftlichen Lage bzw. persönlichen Einkommenssituation: Einkommensveränderungen, Gefahr von Kurzarbeit und Entlassung, Erwartungen bezüglich der Preisentwicklung,...	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
5.2.4 Der Schüler soll darlegen können, daß bei steigendem Einkommen die Konsumausgaben nicht im gleichen Ausmaß steigen.	a) Vergleich: prozentuale Einkommenssteigerung und prozentuale Steigerung der gesamten Konsumausgaben (Beziehung herstellen zwischen Einkommenssteigerung, Sparquote und Konsumquote) b) Sinkende Konsumausgaben für Güter minderer Qualität (trotz Einkommenssteigerung) wegen Substitution durch höherwertige Güter	Studienbrief 4, Seite 42
5.2.5 Der Schüler soll die Einkommensverwendung für Vermögensbildung als das Streben nach a) Geldvermögen, b) Sachvermögen, c) Arbeitsvermögen unterscheiden können.	a) <u>Geldvermögen:</u> Sparen von Geld b) <u>Sachvermögen:</u> b ₁) <u>Gebrauchsvermögen</u> (z.B. Stereoanlage) b ₂) <u>Produktionsvermögen</u> (Gebäude, Grund und Boden, Wertpapiere, freiwillige Versicherungsbeiträge,...) c) <u>Arbeitsvermögen:</u> Ausgaben für Ausbildung und Fortbildung	

6. Unternehmen

6.1 Der Schüler soll Funktionen und Zielsetzungen der Unternehmen erklären können.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.1.1	Der Schüler soll die Funktionen der Unternehmen aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht aufzeigen können.	<u>wirtschaftliche Funktionen:</u> Güterproduktion, Bereitstellung von Dienstleistungen,... <u>gesellschaftliche Funktionen:</u> Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Forschungsleistungen (Innovation), ...	z.B. Energiebereich, Elektronik
6.1.2	Der Schüler soll neben anderen Zielsetzungen das Streben nach Gewinn als übergeordnete Zielsetzung unternehmerischen Handelns nennen können.	<u>übergeordnete Zielsetzung:</u> Streben nach Gewinn <u>untergeordnete Zielsetzungen:</u> guter Markenname, Erhaltung und Vergrößerung des Marktanteiles, ...	

Der Schüler soll die Voraussetzungen kennenlernen, die zur Produktion notwendig sind.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.2.1	Der Schüler soll sagen können, daß man alles, was zur Produktion notwendig ist, als Produktionsfaktoren bezeichnet.		
6.2.2	Der Schüler soll die Produktionsfaktoren nennen können.	Arbeit, Kapital, Boden (Natur)	
6.2.3	Der Schüler soll den Produktionsfaktor "Arbeit" erklären können.	Definition des Begriffes "Arbeit" aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht	
6.2.3.1	Der Schüler soll den Begriff "Arbeitsproduktivität" definieren können.	<u>Arbeitsproduktivität</u> = Maßgröße, die das Verhältnis von Produktionsergebnis zu dem Einsatz von Arbeitskraft angibt.	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.2.3.2 Der Schüler soll das Ansteigen der Arbeitsproduktivität aufzeigen und die Ursachen dafür darlegen können.	- Mechanisierung und Automation - neue Produkte und Energien - neue Organisationsformen und Absatzwege - neue Transport- und Kommunikationsmittel - Verbesserung des Ausbildungsniveaus und Gesundheitswesens (Steigerung der Leistungsfähigkeit) - Verbesserung des Arbeitsklimas (Steigerung der Leistungsbereitschaft)	Einsatz von graphischem Material Quelle: Studienbrief 5, S. 27, Tab. 27a
6.2.4 Der Schüler soll den Begriff "Kapital" in Sachkapital und Geldkapital unterscheiden können.	<u>Sachkapital:</u> a) langlebige Betriebsmittel (Maschinen, Gebäude,...) b) bei der Produktion zu verbrauchende Werkstoffe (Rohstoffe, Energien,...)	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.2.5 Der Schüler soll den Produktionsfaktor "Boden" erklären können.	<u>Geldkapital:</u> finanzielle Mittel zu Investitions- und Produktionszwecken <u>allgemeine Merkmale:</u> Immobilität, engbegrenzte Vermehrbarkeit <u>Bestimmungsgründe:</u> <u>Standortwahl</u> (z.B. Kohlekraftwerke im Saarland, Ruhrgebiet) <u>Naturgegebene Energiequellen</u> (gleiches Beispiel)	Besuch eines Betriebes Vor- und Nachbereitung

- 6.3 Der Schüler soll den Zusammenhang zwischen Kosten, Kalkulation, Preis und Gewinn aufzeigen können.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.3.1 Der Schüler soll den Begriff "Kosten" definieren können.	<u>Kosten</u> = die in Geldeinheiten bewertete Summe der zur Erstellung betrieblicher Leistungen und zur Aufrechterhaltung betrieblicher Kapazitäten notwendigen Produktionsfaktoren.	<u>Für 6.3</u> An einem konstruierten Beispiel verdeutlichen
6.3.1.1 Der Schüler soll zwischen betriebswirtschaftlichen, externen und volkswirtschaftlichen Kosten unterscheiden und diese an Beispielen erläutern können.	<u>betriebswirtschaftliche Kosten:</u> Löhne, Neuanschaffung und Wartung von Maschinen, Verpackung, Transport, ... <u>externe Kosten:</u> Kosten, die das Unternehmen verursacht, von der Allgemeinheit (öffentliche Haushalte) aber bezahlt werden (Kosten, die anfallen durch Luft- und Wasserverschmutzung, Lärmbelästigung, Müllanfall, ...) 	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.3.1.2 Der Schüler soll die Kostenfunktion bei der Produktion als Beziehung zwischen der produzierten Gütermenge (x) und den Gesamtkosten (K) erklären können.	<u>volkswirtschaftliche Kosten:</u> Summe der betriebswirtschaftlichen und externen Kosten $K = f(x)$	Quelle: Meyer Nachschlagewerk "Wie funktioniert das? - Die Wirtschaft heute" S. 86/87
6.3.1.3 Der Schüler soll bei den betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten zwischen fixen und variablen Kosten unterscheiden können.	$K = K_f + K_v$ <u>Fixe Kosten</u> (K_f) sind in bezug auf die Produktionsmenge konstant (Gebäude, Maschinen, ...). <u>Variable Kosten</u> (K_v) verändern sich, wenn die Produktionsmenge verändert wird (Rohstoffe, Hilfsstoffe, Energie, Löhne, ...).	

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.3.1.4	Der Schüler soll darlegen können, daß die Stückkosten bei wachsender Stückzahl sinken.	Stückkosten = $\frac{\text{Gesamtkosten (K)}}{\text{Stückzahl (x)}}$	
6.3.2	Der Schüler soll den Begriff "Kalkulation" erklären können.	<u>Kalkulation</u> = Ermittlung der betrieblichen Kosten, die bei der Produktion pro Leistungseinheit (Sachgut bzw. Dienstleistung) entstehen.	
6.3.2.1	Der Schüler soll die verschiedenen Zwecke der betrieblichen Kalkulation nennen können.	Preisermittlung, Ermittlung der Preisuntergrenze, Gestaltung des Produktionsprogramms, Ermittlung des Betriebserfolges, ...	
6.3.3	Der Schüler soll den Zusammenhang zwischen Kosten, Gewinn und Preis erklären können.		

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
6.3.3.1 Der Schüler soll den Begriff "Gewinn" definieren können.	Gewinn = Erlös - Kosten	
6.3.3.2 Der Schüler soll die wichtigsten Kriterien, die der Unternehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigt, erläutern können.	Gewinn, Angebot und Nachfrage,...	Hinweis geben, daß der Staat auch Möglichkeiten hat, auf die Preise Einfluß zu nehmen (Behandlung im Themenkreis "Wirtschaftspolitik").
6.3.3.3 Der Schüler soll verschiedene Möglichkeiten der Gewinnverwendung darlegen können.	Gewinnausschüttung, Bildung von Rücklagen, Neu- und Reinvestitionen,...	
6.4 Der Schüler soll einige wichtige Rechtsformen von Unternehmen nennen und sie hinsichtlich der Leitungsbefugnis und der Haftung unterscheiden können.	AG, GmbH, KG, OHG, ...	Quelle: Studienbrief 5, Seite 13

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
- Arbeitsplätze bereitzustellen,	Der Staat beschäftigt und entlohnt Arbeitskräfte wie Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Verwaltung und in staatseigenen Betrieben (Bahn, Post,...)	
- Dienstleistungen und Kollektivgüter bereitzustellen,	<u>Dienstleistungen</u> (z.B. Personen- und Warentransport bei Bundespost und Bundesbahn, Landesverteidigung,...) <u>Kollektivgüter</u> (z.B. Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Freizeiteinrichtungen,...)	
- Einkommen umzuverteilen,	Der Staat dient als Umverteiler von Einkommen durch Erhebung von Zwangsabgaben (z.B. Steuern) und zahlt Unterstützungen an Unternehmen und private Haushalte.	Nähere Differenzierung unter Grobziel 7.2 und 7.3
- sich an Unternehmen zu beteiligen.	Beteiligungen an Unternehmen wie Volkswagenwerk, VEBA, Salzgitterkonzern,...	

- 7.2 Der Schüler soll die für die Durchführung der ökonomischen Aktivitäten des Staates notwendigen Einnahmen nennen und unterscheiden können.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.2.1	Der Schüler soll die verschiedenen Einnahmearten des Staates nennen können.	Steuern Erwerbseinnahmen Gebühren und Beiträge Öffentliche Kredite	FWU-Diareihen
7.2.2	Der Schüler soll die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle "Steuern" erläutern können.	<u>Steuern</u> = Zwangsabgaben ohne spezielle Gegenleistung (werden aufgrund eines Gesetzes erhoben) Anteil an den Gesamteinnahmen ca. 80 %	
7.2.2.1	Der Schüler soll direkte und indirekte Steuern unterscheiden und jeweils Beispiele nennen können.	<u>direkte Steuern:</u> Steuerpflichtiger wird unmittelbar besteuert; er kennt die Steuerbelastung. z.B. Lohnsteuer, Einkommensteuer, Vermögenssteuer,...	Graphische Darstellungen: Studienbrief 10, Seiten 58/1 - 3

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
	<u>indirekte Steuern:</u> Steuerpflichtiger wird mittelbar besteuert. Die Steuer ist im Preis der Güter enthalten. Die Steuerbelastung ist meist unbekannt. z.B. Mehrwertsteuer (auf allen Produkten) Verbrauchssteuer (zusätzlich bei einigen Produkten wie Mineralöl, Kaffee, Tabak, ...)	Studienbrief 10, Seite 58/1b
Der Schüler soll die für den Staat wichtigsten Steuerarten kennen.	Lohnsteuer, Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Mineralölsteuer, ...	Studienbrief 10, Seiten 58/1 - 2
Der Schüler soll den Begriff der Steuerüberwälzung erklären können.	Steuerüberwälzung ist der gelungene Versuch, die jemandem auferlegte Steuerlast durch entsprechende Preisgestaltung anderen Wirtschaftssubjekten anzulasten. z.B. bei Verbrauchssteuern	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.2.2.4 Der Schüler soll die Begriffe "Steuerpflichtiger" und "Steuerträger" unterscheiden können.	<u>Steuerpflichtiger</u> = Steuer-schuldner ist, wer dem Staat die Steuer schuldet. z.B. Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer, Unternehmer bei der Verbrauchssteuer <u>Steuerträger</u> ist, wer die Belastung tatsächlich trägt. z.B. Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer, Konsument bei der Verbrauchssteuer	
7.2.2.5 Der Schüler soll den Begriff "Steuerprogression" (progressiver Steuertarif) erklären können.	Steuersatz, der von einer bestimmten Höhe des zu versteuernden Einkommens an sprunghaft steigt	Verwendung von Graphiken

7.2.2.6

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
Der Schüler soll erläutern können, wie die Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt werden.	a) <u>Im Grundgesetz, Artikel 106 geregelt:</u> <u>Bund:</u> Zölle und Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer) <u>Länder:</u> Vermögens- und Erbschaftssteuer, Biersteuer, ... <u>Gemeinden:</u> Vergnügungssteuer, Hundesteuer, ... b) <u>Die Verteilung der folgenden Steuern wird zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausgehandelt.</u> Verteilung zur Zeit: <u>Umsatzsteuer:</u> Bund 65 % Länder 35 % <u>Lohn- und Einkommenssteuer:</u> Bund 43 % Länder 43 % Gemeinden 14 %	

7.2.3

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
Der Schüler soll Erwerbseinnahmen, Gebühren und Beiträge und öffentliche Kredite als weitere Einnahmequellen des Staates nennen und erläutern können.	<u>Erwerbseinnahmen</u> = Einnahmen, die der Staat als Unternehmer und Vermögensbesitzer bezieht (Bundesbahn, Bundespost, VEBA, staatliche Forstbetriebe, ...) <u>Gebühren und Beiträge</u> erhält der Staat für spezielle Gegenleistungen. <u>Gebühren</u> = Abgaben, die ein privates Wirtschaftssubjekt zu entrichten hat, wenn es eine bestimmte Leistung vom Staat verlangt (Paßgebühr, Führerscheingebühr, Prüfungsgebühr,...)	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
	<u>Beiträge</u> = Abgaben für eine Gegenleistung, auch wenn diese Leistung von den privaten Wirtschaftssubjekten überhaupt nicht erwünscht oder in Anspruch genommen wird, auf die aber durch Zahlung ein Rechtsanspruch entsteht. (Sozialversicherungsbeiträge, ...) <u>Öffentliche Kredite</u> Möglichkeit des Staates zur Geldbeschaffung für einen Haushaltsausgleich anstatt einer Steuererhöhung	

Der Schüler soll erkennen, daß die Ausgaben des Staates dem Gemeinwohl dienen, wobei sich die Ausgabenhöhe nicht nach dem privaten Nutzen bzw. Ertrag, sondern nach dem sozialen Nutzen richtet.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.3.1	Der Schüler soll sich anhand von statistischem Material einen Überblick verschaffen über die Höhe der Gesamtausgaben und die anteilmäßige Verteilung auf die wichtigsten Teilbereiche eines Jahres.	Soziales, Verteidigung, Verkehr, Jugend, Familie, Schulden, ...	Quelle: Globus Kartendienst Nr. 3745
7.3.1.1	Der Schüler soll anhand von Beispielen darlegen können, was mit den einzelnen Teilbereichen gemeint ist.	Beispiele: <u>soziale Sicherung:</u> Wohngeld, Kindergeld, Sozial- hilfe, ... <u>Verkehr:</u> Straßenbau, Bundesbahn, ...	Studienbrief 10, Seite 72/1b

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.3.1.2 Der Schüler soll unterschiedliche Grundeinstellungen in der Gesellschaft zur Ausgabenverteilung und die jeweiligen Argumente darlegen und dazu kritisch Stellung nehmen können.		
7.3.2 Der Schüler soll die Ausgaben des Staates unterscheiden können in a) Ausgaben, für die eine direkte Gegenleistung erbracht wird (Leistungsentgelte) und b) Ausgaben ohne direkte Gegenleistung des Empfängers (Transferzahlungen).	a) <u>Leistungsentgelte:</u> Personalausgaben, Kosten für Kollektivgüter, Zinsen für Kredite, ... b) <u>Transferzahlungen:</u> Sozialleistungen (Kindergeld, ...), Subventionen (an gewerbliche Unternehmen, Landwirtschaft, ...)	Quelle: Globus Kartendienst Nr. 2621

- 7.4 Der Schüler soll den Haushaltsplan (Etat, Budget) als notwendiges Instrumentarium einer planmäßigen Haushaltsführung des Staates wegen der Unbegrenztheit der Bedürfnisse und der Knappheit der Mittel kennenlernen.

	Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.4.1	Der Schüler soll den Begriff "Haushaltsplan" erklären können.	<u>Haushaltsplan</u> = die in regelmäßigen (jährlichen) Abständen vorgenommene Zusammenstellung der Voranschläge der für diesen Zeitraum geplanten Ausgaben und die Schätzungen der zur Deckung der Ausgaben vorgesehenen Einnahmen	Besuch einer Landtags-, Stadtrats- oder Gemeinderatssitzung
7.4.2	Der Schüler soll die Funktionen des Haushaltsplanes erläutern können.	<u>Politische Funktion</u> Im Haushaltsplan sind Programm der Regierung und Kompromiß zwischen den verschiedenen politischen Gruppen erkennbar.	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.4.3 Der Schüler soll den "Kreislauf" eines Haushaltsplanes erläutern können.	<u>Wirtschaftliche Funktion</u> Sie besteht darin, daß der Haushaltsplan die Rolle aufzeigt, die die öffentliche Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu übernehmen gedenkt.	
	<u>Finanzpolitische Funktion</u> Sie besteht in der Abstimmung zwischen den Bedürfnissen und den vorhandenen Mitteln.	
	<u>Kontrollfunktion</u> Der Haushaltsplan ermöglicht eine demokratische Kontrolle.	
	Vorbereitung (Exekutive) Bewilligung (Legislative) Vollzug (Exekutive) Kontrolle und Entlastung (Legislative)	Grundgesetz: Artikel 110 - 144

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.4.4 Der Schüler soll zwischen "ordentlichem Haushaltsplan" und "außerordentlichem Haushaltsplan" unterscheiden können.	Der <u>ordentliche Haushaltsplan</u> umfaßt alle regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben. Im <u>außerordentlichen Haushaltsplan</u> werden die Einnahmen und Ausgaben erfaßt, die voraussichtlich nur einmal entstehen dürften.	

- 7.5 Dem Schüler soll klar werden, daß der Staat eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen vornehmen muß, wenn er den Verfassungsanspruch der sozialen Gerechtigkeit realisieren will.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.5.1 Der Schüler soll anhand der entsprechenden Artikel des Grundgesetzes die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit belegen können.		
7.5.2 Der Schüler soll als Grund für die Notwendigkeit der personellen Umverteilung von Einkommen und Vermögen das Streben nach sozialer Gerechtigkeit nennen können.	Eine <u>Umverteilung</u> ist für bestimmte Gruppen erforderlich, die ohne eigenes Verschulden bei ihrer Teilnahme am marktwirtschaftlichen Prozeß sozial schwächer gestellt sind (Umverteilung durch Zahlung von Sozialhilfe, Kindergeld, ...)	Quelle: "Wirtschaft im Wandel" Sparkassen-Schul-Service, Seite 29 (Graphik)

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.5.3 Der Schüler soll die Umverteilung von Einkommen und Vermögen mit Hilfe der Einnahmen und Ausgaben des Staates erläutern können.	<u>Einnahmen</u> hauptsächlich durch Steuerprogression bei der Einkommensteuer Problem bei der Umverteilung durch die Steuerüberwälzung <u>Ausgaben</u> durch Transferzahlungen: <u>Subventionen an Unternehmen</u> (Arbeitsplatzerhaltung und -beschaffung) <u>Transferzahlungen an Haushalte</u> (z.B. an Arbeitslose, kinderreiche Familien, Kranke, ...)	

- 7.6 Der Schüler soll den Staat als Wirtschaftssubjekt im Wirtschaftskreislauf darstellen und erläutern können.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
7.6.1 Der Schüler soll die Beziehungen zwischen privaten Haushalten, Unternehmen und Staat im erweiterten Wirtschaftskreislauf darstellen können.	<u>Private Haushalte</u> → <u>Unternehmen:</u> privater Konsum <u>Unternehmen</u> → <u>private Haushalte:</u> Einkommen <u>Private Haushalte</u> → <u>Staat:</u> Steuern, Gebühren, Beiträge <u>Staat</u> → <u>private Haushalte:</u> Löhne, Gehälter Transferzahlungen <u>Unternehmen</u> → <u>Staat:</u> Steuern, Gebühren, Beiträge <u>Staat</u> → <u>Unternehmen:</u> staatlicher Konsum Subventionen	Wiederholung

8. Das System der sozialen Marktwirtschaft und das der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft

8.1 Der Schüler soll die soziale Marktwirtschaft als das in der Bundesrepublik bestehende Wirtschaftssystem mit seinen Zielen und Merkmalen kennenlernen.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.1.1 Der Schüler soll die Bedingungen für die Entstehung des marktwirtschaftlichen Systems in der Bundesrepublik Deutschland darlegen können.	- Einfluß der Besatzungsmächte ab Mai 1945 - Marshall-Plan 1947 - Währungsreform 1948 - usw.	Quelle: "Wirtschaft im Wandel" Sparkassen-Schulservice Informationen zur politischen Bildung", 180
8.1.2 Der Schüler soll zwischen freier und sozialer Marktwirtschaft unterscheiden können.	<u>freie Marktwirtschaft:</u> freie persönliche Entscheidungen ohne nennenswerte Eingriffsmöglichkeiten des Staates, Gefahr sozialer Mißstände, Gefahr zu starker Monopolbildung usw. <u>soziale Marktwirtschaft:</u> freie persönliche Entscheidungen <u>mit</u> Eingriffsmöglichkeiten des Staates zur Erhaltung des Wettbewerbs und zur Durchsetzung des Sozialstaatsprinzips, usw.	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.1.3 Der Schüler soll die Gründe staatlicher Eingriffe bei der sozialen Marktwirtschaft erklären können.	- Erhaltung des Wettbewerbs durch Überwachung von Preisabsprachen und Unternehmenszusammenschlüssen - Subventionen - Verhinderung von Arbeitslosigkeit - Gewährleistung von Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung - Unterstützung der sozial Benachteiligten - Höchst- und Mindestpreispolitik usw.	Wiederholung des Themenkreises 7
8.1.4 Der Schüler soll die Ziele der sozialen Marktwirtschaft aufzeigen können.	Garantie weitgehender Wirtschaftsfreiheit wie Gewerbefreiheit, Produktionsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Konsumtenfreiheit, usw. optimale Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft durch Privatinitiative und Wettbewerb	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.1.5 Der Schüler soll die wesentlichen Merkmale der sozialen Marktwirtschaft aufzeigen können.	- Gewährung der Wirtschaftsfreiheiten - Privatbesitz an Produktionsmitteln - Dezentrale Entscheidungen des Einsatzes der Produktionsfaktoren - Preisbildung auf der Grundlage des Preismechanismus - Wettbewerb und Konkurrenz - Markttransparenz (Vergleichsmöglichkeiten für die Verbraucher durch Information über Preis, Qualität, Gewicht, ...) - freie Wahl des Arbeitsplatzes - Gefahr der Unternehmenskonzentration und der Kartell- und Monopolbildung usw.	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.1.6 Der Schüler soll die Vor- und Nachteile der Werbung in der sozialen Marktwirtschaft darlegen können.	<u>Vorteile:</u> - schafft Absatz (Serienproduktion) - ermöglicht Preissenkungen (Serienproduktion) - erweitert die Markttransparenz usw. <u>Nachteile:</u> - Manipulationsgefahr für die Konsumentenentscheidung - informiert selten über die Qualität der Produkte - verteuert unter Umständen die Produkte	Besuch eines Kaufhauses im Hinblick auf die Werbung
8.1.7 Der Schüler soll positive und negative Auswirkungen der sozialen Marktwirtschaft für die Menschen erläutern können.	<u>Positive Auswirkungen:</u> - reichhaltige Versorgung mit privaten Konsumgütern - Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens - Arbeitszeitverkürzung - Ausbau des Netzes der sozialen Sicherung usw.	

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.1.8 Der Schüler soll zeigen, daß einige Merkmale der sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz verankert sind.	<u>negative Auswirkungen:</u> - Gefahr der Inflation - Gefahr der Arbeitslosigkeit - ungleiche Einkommensverteilung - Gefahr der Vernachlässigung öffentlicher Bedürfnisse usw. Grundgesetz Artikel 2, 3, 9, 11, 12, 14, 15, 20	

- 8.2 Der Schüler soll die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft als das in der DDR bestehende Wirtschaftssystem kennenlernen.

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.2.1 Der Schüler soll darlegen können, wie die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR entstanden ist.	- politische Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht - Bodenreform im September 1945 - Verstaatlichung der Industrie - Verfassung der DDR vom 06.04.68, Artikel 10-16 usw.	Bundeszentrale für politische Bildung
8.2.2 Der Schüler soll die wichtigsten Ziele der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft aufzeigen können.	<u>ökonomische Ziele:</u> - optimale Befriedigung aller Bedürfnisse durch sozialistisches Bewußtsein und Solidarität der Werktätigen <u>ideologische Ziele:</u> - Befreiung von der Ausbeutung durch die Kapitaleigner (Marx) - Schaffung der Voraussetzungen für den Kommunismus usw.	Vergleich von Lehrbüchern aus der Bundesrepublik und aus der DDR (z.B. "Politische Ökonomie des Sozialismus", DDR)

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
8.2.3 Der Schüler soll die wesentlichen Merkmale der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR nennen können.	<u>politisches Ziel:</u> Verdeutlichung der Überlegenheit über den Kapitalismus - sozialistisches Eigentum am Produktionsvermögen und dadurch kein privates wirtschaftliches Risiko - zentrale Planung, Leitung und Kontrolle durch Staat und Partei - weitestgehende Beschränkung der privaten Wirtschaftsfreiheiten - stärkere Nivellierung der Einkommen als in der Bundesrepublik usw.	Quelle: "Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/DDR, Ein Vergleich" Seite 56
8.2.4 Der Schüler soll den Planungsablauf in der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft der DDR erklären können.	- Erklärung der Abkürzungen: VEB, VVB, LPG, ... - vereinfachte schematische Darstellung des Planungsablaufs - Planungsperioden	Quelle: Meyer Nachschlagewerk "Wie funktioniert das? Die Wirtschaft heute", Seite 27

8.2.5

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
Der Schüler soll positive und negative Auswirkungen der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft für die Menschen erläutern können.	<u>positive Auswirkungen:</u> - keine konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit - gute Versorgung mit öffentlichen Gütern im Bereich der Medizin, der Schulen und Kindergärten, usw. <u>negative Auswirkungen:</u> - Unterversorgung der Bevölkerung mit privaten Gütern durch a) Priorität staatlicher Bedürfnisse vor privaten Bedürfnissen, b) häufige Fehlplanungen, c) schlechte Anpassung der Produktion an veränderte Bedürfnisse, usw. - Abhängigkeit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl von gesellschaftlichen Erfordernissen - keine konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit, aber nur so lange der Aufschwung anhält	Quelle: "Zahlenspiegel" Bundesrepublik Deutschland/ DDR - Ein Vergleich, Seite 57 ff Interpretation des Artikels 24 der Verfassung der DDR Hoher Arbeitskräftebedarf bedingt durch die Abwanderung bis 1961

Lernziele	Lerninhalte	Didaktische Hinweise
	- bisher niedrigerer Lebensstandard als in der Bundesrepublik - "zweiter Markt" (Schwarzmarkt) usw.	

Notizen

Lined paper template with horizontal ruling lines.



